Periplus 2013

JAHRBUCH FÜR AUSSEREUROPÄISCHE GESCHICHTE

23. Jahrgang

herausgegeben von Christoph Marx

in Verbindung mit Helmut Bley,
Sabine Dabringhaus, Bernhard Dahm, Gita Dharampal-Frick,
Andreas Eckert, Ulrike Freitag, Mark Häberlein, Christine
Hatzky, Hermann Kulke, Roderich Ptak, Dietmar Rothermund,
Birgit Schäbler, Eberhard Schmitt und Susanne Weigelin-
Schwiedrzik

Redaktion: Nicole Wiederroth, Felicitas Solbrig

Herausgeber des Thementeils
„Weltwissen vor Kolumbus":
Justus Cobet

www.periplus-jahrbuch.de

UB BIELEFELD
144/4417503+01

Thomas Kiefer, Die britischen Kolonien Kenia, Nord- und Südrhodesien in der Entkolonialisierung 1945-1965. Politische Strukturen von Siedlergesellschaften in der Krise, Berlin 2012

Die Periode unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war in weiten Teilen Afrikas durch energische Versuche der Kolonialmächte geprägt, ihre Herrschaft zu effektivieren. Zugleich wurde diese Herrschaft jedoch durch Forderungen nach Unabhängigkeit in Frage gestellt, die mit zunehmendem Nachdruck erhoben wurden und 1956 mit der Entlassung Ghanas aus der Kolonialherrschaft einen ersten markanten Erfolg erzielten. Dem standen nicht zuletzt die blutige Unterdrückung der Mau Mau-Bewegung in Kenia, aber auch die Konsolidierung des Apartheidregimes in Südafrika gegenüber. Die vorliegende Saarbrücker Dissertation geht der Frage nach, wie sich in den drei im Titel genannten, durch relevante europäische Einwanderung wesentlich geprägten Kolonien die Siedler politisch in diesem Spannungsbogen positionierten und wie die Kolonialmacht Großbritannien sich zu ihren Strategien und Forderungen verhielt. Dabei spielt das Experiment der Zentralafrikanischen Föderation (CAF), zu der 1953 beide Rhodesien (heute Zambia und Zimbabwe) sowie das hier unkommentiert ausgesparte Nyassaland (Malawi) zusammengeschlossen wurden, eine wesentliche Rolle. Mit ihr sollte zum einen die koloniale Herrschaft gegen den immer stärker aufkommenden afrikanischen Nationalismus gesichert, zugleich aber einer möglichen Expansion des südafrikanischen Apartheidregimes nach Norden ein Riegel vorgeschoben werden. In Kenia hatte die Mau Mau-Bewegung die Landfrage ungeachtet ihrer Niederlage unwiderruflich auf die Tagesordnung gesetzt. Damit war letztlich auch die politische Einbeziehung der afrikanischen Mehrheit mittelfristig nicht zu umgehen. Dies hinderte die Personen und Parteien, die Interessen und Bestrebungen von Siedlern artikulierten, nicht an hartnäckigem Widerstand gegen die Mehrheitsherrschaft, der in allen drei Fällen auch zu mehr oder minder heftigen und folgenreichen Konfrontationen mit der Kolonialmacht führte.

Kiefer zeichnet die politischen Debatten innerhalb der Siedlerschaft ebenso wie die Initiativen der britischen Regierungen unterschiedlicher Couleur und die Verhandlungen mit ihnen höchst detailliert nach. Er stützt sich dabei auf Archivstudien in Großbritannien, Nairobi und Lusaka sowie New York; die zimbabwischen Archive blieben ihm verschlossen. Dabei stehen die politischen Auseinandersetzungen unter den wenigen tausend Siedlern im Mittelpunkt. Die Berechtigung, diese Gruppen fast durchgängig als „Siedler*gesellschaft*" (Hervorhebung: RK) anzusprechen, bleibt unerörtert, doch scheint die Politik der schwarzen Mehrheit allenfalls als Folie vor allem im unmittelbaren Vorfeld der Unabhängigkeit Zambias (1963) und Kenias (1964) auf. Wesentliche Leitlinien sind zum einen die unterschiedlichen konstitutionellen Voraussetzungen. Während Südrhodesien mit der bei weitem umfangreichsten Siedlerschaft seit 1923 „selbstregierende" Kolonie war, standen die beiden anderen Territorien unter direkter Kontrolle des britischen Kolonialamtes, und nur allmählich nahm der Einfluss gewählter Vertreter der Siedler, später auch in begrenztem Umfang der Schwarzen zu. Die Bildung der CAF verkomplizierte die Lage erheblich, zumal der staatsrechtliche Status der hier zusammengeschlossenen Kolonien unverändert blieb. Die unterschiedlichen Mitsprachemöglichkeiten sowie die Zahlenverhältnisse der Siedler hatten auch Auswirkungen auf die Herausbildung des

jeweils strikt auf die Siedler beschränkten Parteiensystems, die allein in Südrhodesien bereits kurz nach 1923 einsetzte, sonst erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese hier sehr detailliert dargestellten Prozesse waren gekennzeichnet durch zunehmende Aufsplitterung. Durchgängig wurden Positionen deutlich artikuliert, die auf der Beibehaltung der bestehenden Rassenprivilegien beharrten; dabei spielten Bezugnahmen auf Südafrika, zuweilen auch ein direkter Einfluss des Apartheidregimes eine wichtige Rolle. In der CAF wurde dies verstärkt durch eine beträchtliche burische Zuwanderung; freilich gerät Kiefer über der eingehenden Berücksichtigung von Wortmeldungen dieser Gruppe der Konflikt zuweilen aus den Augen, der sie von der englischsprachigen Mehrheit der Siedler deutlich abhob. Gruppierungen, die sich um ein konzilianteres Vorgehen gegenüber der schwarzen Mehrheit bemühten und insbesondere ein qualifiziertes Wahlrecht ins Auge fassten, wurden von den entgegengesetzten Dynamiken des Widerstands der Mehrheit der Siedler gegen ernsthafte Veränderungen einerseits sowie der ab 1960 unaufhaltsamen Forderung nach Unabhängigkeit und Mehrheitsherrschaft andererseits überrollt. Unter den spezifischen Bedingungen Südrhodesiens konnte seit Beginn der 1960er Jahre die neu formierte Rhodesian Front die Voraussetzungen für die 1965 verkündete einseitige Unabhängigkeit des Siedlerregimes schaffen.

Das von Kiefer präsentierte Material ist überwältigend in seiner Fülle, leider aber auch durch eine bestenfalls ansatzweise vollzogene gedankliche Durchdringung. Über weite Strecken finden sich Einschätzungen von Regierungsstellen und Geheimdiensten sowie Zeitungsberichte aneinandergereiht, und die Lektüre wird nicht erleichtert, wenn jede Partei unentwegt als „moderat konservativ", „radikal konservativ" bzw. „moderat liberal" bezeichnet wird, zumal erst im Schlusskapitel ein zaghafter Versuch zu finden ist, diese Etiketten zu erklären. Dass Afrikaner als politische Akteure so gut wie völlig ausgespart werden, lässt den Gesamtprozess, in dem Siedler und ihre Politiker ja zu erheblichen Teilen eben darauf reagierten, bestenfalls bruchstückhaft in den Blick rücken. Wer freilich das Buch als Materialsammlung benutzen möchte, muss feststellen, dass es bereits bei der ersten eingehenderen Lektüre physisch auseinander bricht.

Reinhart Kößler

Ulrike Lindner, Koloniale Begegnungen. Deutschland und Großbritannien als Imperialmächte in Afrika 1880-1914, Frankfurt am Main, New York 2011

Carl Peters (1856-1918) war ohne Zweifel eine besonders umstrittene Figur im Deutschen Kaiserreich mit höchst gefährlicher Wirkung auf den Kolonialrevisionismus nachfolgender Generationen. Gleichwohl lohnt es sich, auch vor dem Hintergrund seines verheerenden Wirkens in Deutsch-Ostafrika, seine Schriften in die Hände zu nehmen, die seinerzeit viel Aufmerksamkeit auf sich zogen. Sie sind betitelt wie „Deutsche Kolonialpolitik aus englischer Perspektive" (Deutsche Kolonialzeitung 1884), „Was lehrt uns die englische Kolonialpolitik?" (in Gesammelte Schriften) oder „England und die Engländer" (1905). In Deutschland als schneidiger Kolonialheld verehrt, in Afrika als „Mann mit der blutigen Hand" gefürchtet, verkörperte Peters

persönlich die Ambivalenz zwischen deutschen Lebensraum- und Weltpolitikphantasien, rücksichtsloser kolonialer Herrschaft und brutaler Willkür einerseits und einer für die deutsche Kolonialbewegung nachgerade exemplarischen Hassliebe gegenüber Großbritannien und seinem Empire andererseits. Anfang der 1880er Jahre hatte Peters in London gelebt, aber das Britische Empire beeindruckte und prägte ihn nicht nur nachhaltig, sondern beschämte ihn auch, zumal er sich ein ebenbürtiges deutsches Kolonialreich herbeisehnte – und für sich persönlich vielleicht sogar eine Ebenbürtigkeit mit dem Briten Cecil Rhodes. Dass Peters Kolonialambitionen in Despotie und einer pathologischen Neigung zur Gewalt ausarteten, war in seinem Ausmaß wohl außergewöhnlich, doch auch nicht untypisch unter seinen Zeitgenossen. Besonders exemplarisch indessen war, wie intensiv man sich unter Nachbarn beäugte, ob in Europa oder in den afrikanischen Kolonien. Von den Engländern in kolonialpolitischen Angelegenheiten zu lernen, hieß für Peters, einen deutschen „Kolonialstil" mit entsprechendem Habitus daraus zu entwickeln.

Von ihrer Brutalität gegenüber der einheimischen Bevölkerung konnte sich keine Kolonialmacht freisprechen, am wenigsten, wenn Rassismus und Chauvinismus der imperialen Expansion jene Dynamik verliehen, die gegenüber kolonialer Gewalt indifferent machte. Das war am augenfälligsten unter den Bedingungen von Kolonialkriegen und Aufständen, und es ist von daher dieser ausgezeichneten Studie von Ulrike Lindner zu verdanken, auf dieses Problem in einem ihrer zentralen Kapitel aufmerksam zu machen. „Koloniale Begegnungen", Titel und Programm des Buches zugleich, meint insofern die Vernetzung der Imperialmächte zum einen und ihre Abgrenzung voneinander zum anderen. Vernetzt waren sie, besonders in ihrer direkten Nachbarschaft in Afrika, weil sie in den Worten Lindners ein „gemeinsames imperiales Projekt" verfolgten, und abgrenzen voneinander mussten sie sich als Konkurrenten um die politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Macht in einer zunehmend globalisierten Welt. Im Ergebnis ist eine Verflechtungsgeschichte entstanden, in der auch Peters eine Rolle spielte, wenngleich diejenige eines ständig um Anerkennung Werbenden. Aber das kennzeichnete doch auch das deutsche Kolonialreich zu einem nicht geringen Maße: um Anerkennung im Kreis der europäischen Imperialmächte zu ringen, sich mit den anderen zu vergleichen, sie wahrzunehmen, die Kooperation zu suchen und vom sozialen Austausch in den kolonialen Gesellschaften zu profitieren.

Auf vorzüglicher Quellen- und Detailkenntnis basierend analysiert Lindner diese Grenz- bzw. Frontiergesellschaften, die sich, britisch oder deutsch, in ihrem Rassismus und ihren stereotypen Weltbildern ergänzten und die Kolonialkriege des anderen mit militärischer Präzision und Sympathie beobachteten, wenn nicht sogar im Zusammenhang einer dem National- und Imperialstaat übergeordneten westlichen Zivilisierungsmission solidarisch unterstützten. Es ist das Faszinierende dieses auch in sprachlicher Hinsicht ansprechenden Buches, damit Facetten der europäischen Kolonialgeschichte beleuchtet zu haben, die natürlich mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges abrupt endeten. Kooperation und grenzübergreifende Kontakte, selbstverständlich nicht möglich ohne Konflikte in Anbetracht der unterschiedlichen nationalen Mentalitäten und der Erwartungen an die jeweiligen Kolonialbürokratien, deuten darauf hin, dass das deutsche Kolonialreich, seine Beamten und Experten, viel stärker vernetzt war als bisher angenommen. Das ist nicht nur ein starkes Argument gegen die Sonderwegsthese des deutschen Kolonialismus, sondern besonders eines für

die vergleichende Imperiengeschichte sowie die Beobachtung von Transferleistungen und die transnationale Vernetzung von Expertenkulturen, ob in der Wirtschaft, im Militär oder in der Verwaltung, die sich Lindner zufolge eine „gemeinsame Aufgabe in Afrika" angelegen machten. Nirgendwo kann Lindner das so eindringlich illustrieren wie in den brillanten Abschnitten über die Reisenden, die Missionare und die „men on the spot", die eine europäische Gesellschaft mit „transkolonialen Karrieren" entstehen ließ. Letztlich war das imperiale Projekt ein gemeinsames Projekt jenseits der immer wieder bemühten und hiermit überwundenen Sichtweise, der anglo-deutsche Konflikt habe lange vor der Jahrhundertwende bestanden und notwendigerweise auf den Ersten Weltkrieg zugesteuert. Im Gegenteil dazu zeigt Ulrike Lindner in ihrer beeindruckenden Arbeit, wie „koloniale Begegnungen" vor Ort, im kolonialen Alltag, möglich waren und wie die Geschichte der Imperien perspektivenreich in eine globale Verflechtungsgeschichte geführt werden kann.

Benedikt Stuchtey

Lloyd Sachikonye, When a State Turns on its Citizens: Institutionalized Violence and Political Culture, Harare 2011

Seit den gewaltsamen Farmenteignungen, die im Jahr 2000 begannen, geriet die politisch motivierte Gewalt in Simbabwe immer wieder in die Schlagzeilen der internationalen Presse. 2005 vertrieben Polizei und andere Sicherheitskräfte mehrere hunderttausend Stadtbewohner/-innen, die als Oppositionelle unter Generalverdacht gestellt wurden, und im Umfeld der Wahlen 2008 verbreiteten vor allem junge Männer im Regierungsauftrag durch extrem brutale Gewaltübergriffe auf angebliche Oppositionelle Angst und Schrecken. Der an der Universität Harare tätige Politikwissenschaftler Lloyd Sachikonye nimmt diese Gewalteskalationen zum Anlass, um grundlegende Strukturen aufzudecken und in einem zeitlichen Längsschnitt verbindende Muster herauszuarbeiten. Sein in insgesamt fünf Kapitel unterteiltes Buch setzt zeitliche Zäsuren und illustriert die Geschichte, die Hintergründe und die gesellschaftlichen Folgen der Gewalt.

Das Hauptaugenmerk liegt auf den historischen Zusammenhängen. Hier zeigt der Autor den Einsatz von Gewalt als Macht- und Repressionsinstrument in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf, wobei er vor allem die Gewalt im Kolonialstaat, in den nationalen Unabhängigkeitsbewegungen der 1950er und 1960er Jahre und im militärischen Kampf während der 1970er Jahre hervorhebt. Deutlich treten die wechselseitigen Verstärkereffekte zu Tage, da die Armee der Siedlerkolonie Rhodesien einen Krieg gegen die schwarze Bevölkerungsmehrheit führte und nicht davor zurückschreckte, vergiftete Nahrungsmittel und Kleidung zu verteilen, wodurch vor allem Zivilisten/-innen starben. Allerdings liegt es dem kritischen Politologen fern, dem nationalistischen Heroenkult der derzeitigen simbabwischen Regierung unter Robert Mugabe zu folgen, denn dessen einstige Mitstreiter erzwangen als jugendliche Guerillakämpfer mancherorts gewaltsam die Unterstützung der Bevölkerung. Auch zwischen den zwei großen Guerillaorganisationen, der Zimbabwe African National Union (ZANU) und der Zimbabwe African People's Union (ZAPU), blieben die politischen Auseinandersetzungen keineswegs beim verbalen Schlagab-